

Mai 2010

Newsletter von Dr. Cornelia Ernst

Delegation DIE LINKE. in der Konföderalen Fraktion der Vereinten Europäischen Linken / Nordische Grüne Linke (GUE/NGL)



DIE LINKE.
IM EUROPAPARLAMENT



Europäisches Parlament verabschiedete Resolution zum SWIFT-Abkommen



„Der Tiger sprang und landete als Bettvorleger“ lautete eine Pressemitteilung von Cornelia Ernst, als am 5. Mai 2010 das Europäische Parlament eine Resolution zum SWIFT-Abkommen verabschiedete. Sie kritisierte,

dass das Parlament viel zu soften Vorgaben für die Neuverhandlung des Abkommens machte und im Gegensatz zur ablehnenden Abstimmung der Abgeordneten im Februar offensichtlich der „Charmeoffensive“ von US-Diplomaten erlagen.

Zwar forderten die Parlamentarier eine strikte Zweckbindung für die Übermittlung europäischer Bankdaten in die USA, eine ausschließliche Weitergabe einzelner Daten bei konkretem Tatverdacht werde jedoch nicht angemahnt. Vergessen sind damit wohl die damaligen Forderungen einer Nachregulierung des Abkommens in den Bereichen des Daten- und Rechtsschutzes.

Was heisst das für die Zukunft? Cornelia Ernst: "Ich befürchte Schlimmstes für die Verhandlungen dieses sowie weiterer internationaler EU-Abkommen. Wenn eine Mehrheit der Abgeordneten ihre bisherigen Bedenken so einfach über Bord werfen kann, dürfen wir zukünftig mit weiteren bürgerrechtlichen Alpträumen zum Wohle der Terrorismusbekämpfung rechnen. DIE LINKE. im Europaparlament jedenfalls steht weiterhin zu ihrer Forderung nach einem einheitlich hohen Schutzstandard für personenbezogene Daten in der EU. ■"

Menschenrechte weltweit: Jahresbericht 2008/2009 ist veröffentlicht

Der Rat der Europäischen Union veröffentlichte im Mai seine Jahresbericht „Menschenrechte und Demokratie in der Welt“ – eine Bilanz zum Ist-Stand der Einhaltung bzw. Nichteinhaltung von Menschenrechten. Der Bericht ist zugleich als Rechenschaftslegung über die aktive Beteiligung der EU zur Verbesserung der Menschenrechtssituation zu sehen.

Eine erste Aussprache zum Bericht ließ die Parlamentarier jedoch skeptisch bleiben. Zwar habe die EU im Zeitraum 2008/2009 238 Millionen Euro für 900 Projekte von Menschenrechtsorganisationen und zivilgesellschaftlichen Initiativen in etwa 100 Ländern bereitgestellt. Die Kritik der Abgeordneten geht aber dahin, dass bereits mehrfach geforderte messbare Ziele fehlen, was u. a. eine Aussage darüber bedeute, wie sinnvoll das Geld des Steuerzahlers eingesetzt wurde. Ein weiterer Kritikpunkt ist laut Aussage des Menschenrechtsunterausschusses, dass Veränderungen der Menschenrechtssituation kaum registriert würden, weshalb der diesjährige Bericht auch keine Verbesserung im Vergleich zu Vorjahren aufzeigen kann. DIE LINKE. im Europäischen Parlament bemängelt die EU-Menschenrechtspolitik.

Soziale Rechte nehmen kaum eine Rolle ein, die Flüchtlingspolitik der EU schreit zum Himmel, die Diskriminierung von Sinti und Roma ist real und Anti-Terror-Gesetze schränken Bürger-/innen immer mehr ein. ■



Titelbild des Jahresberichtes

Europäisches Parlament
Delegation DIE LINKE. in der GUE/NGL
Rue Wiertz, ASP 6F154
B-1047 Brüssel
cornelia.ernst@europarl.europa.eu
Assistentinnen:
Manuela Kropp: +32-(0)228-47660
Adeline Otto: +32-(0)228-37660
Fax: +32-(0)228-49660
manuela.kropp@europarl.europa.eu
adeline.otto@europarl.europa.eu

Büro Dresden
Schweriner Straße 50a
01067 Dresden
Tel.: +49 (0)351-42690005
Jan Robert Karas
Kirstin Hertel
europa@cornelia-ernst.de

Büro Leipzig
linXXnet
Bornaische Straße 3d
04277 Leipzig
Tel.: +49 (0)341-3081199
Juliane Nagel
juliane.nagel@linxxnet.de

Büro Chemnitz
Rothaus
Lohstraße 2
09111 Chemnitz
bei Anfragen:
Tel.: +49 (0)351-42690005
europa@cornelia-ernst.de

Newsletter von Dr. Cornelia Ernst

Delegation DIE LINKE. in der Konföderalen Fraktion der Vereinten Europäischen Linken / Nordische Grüne Linke (GUE/NGL)

DIE LINKE.
IM EUROPAPARLAMENT



Mai 2010

Ideen gefragt für eine gemeinsame EU-Agrarpolitik nach 2013

„Ihre Ideen sind gefragt!“ Unter diesem Motto wirbt seit April dieses Jahres die Europäische Kommission für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung um die aktive Teilnahme der EU-Bürger an der öffentlichen



Diskussion über die Zukunft der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) nach 2013. Denn schließlich, so der zuständige Kommissar Dacian Ciolos, ist von der europäischen Landwirtschaft jeder betroffen, so darf auch jeder „seinen Senf“ dazugeben. Noch bis 3. Juni können Meinungen auf den Seiten der Kommission geäußert werden >>> http://ec.europa.eu/agriculture/cap-post-2013/debate/index_de.htm.

Ende dieses Jahres will Ciolos die Ergebnisse vorlegen. Worum geht es? Die Finanzierung der Gemeinsamen Agrarpolitik stellt mit derzeit ca. 42 % des gesamten EU-Haushalts eine wichtige Komponente dar. Für eine Vielzahl europäischer Landwirte sind die EU-Subventionen eine notwendige Einkommensstütze. Die Finanzierung der GAP beruht auf 2 Säulen, der gemeinsamen Marktordnung und der Entwicklung des ländlichen Raumes. Ein Großteil der Zahlungen wird aus der 1. Säule in Form von „Betriebsprämien“ gewährt. Für die Förderperiode 2013-2014 wird neben der grundsätzlichen Berechtigung der GAP sowohl über eine Umverteilung zwischen den zwei Säulen als auch zwischen den einzelnen Mitgliedsstaaten debattiert. **DIE LINKE.** setzt sich für die zukünftige Periode für die volumenmäßige Beibehaltung des 2-Säulen-Modells ein. Dabei stehen innerhalb der 1. Säule 80 % der verfügbaren Mittel für ökologische Leistungen in Form einer „Umweltprämie“ zur Verfügung. 20 % sollen für die Honorierung sozialer Leistungen über eine „Arbeitsprämie“ verwendet werden. ■

Die LINKE. im Europaparlament unterstützt www.alle-bleiben.info

Alle bleiben! Unter diesem Tenor fordern bundesweit Organisationen das Bleiberecht für Roma in Deutschland und unterstützen den Kampf aller Flüchtlinge und ihr Recht auf Lebensraumselbstbestimmung. Cornelia Ernst schloss sich der Aktion an und ruft zum Mitmachen auf. www.alle-bleiben.info ■

Die NATO - neues Programm

Nato-Generalsekretär Rasmussen stellte in Brüssel seinen neuen Strategieentwurf vor. Mit „NATO 2020“ will er den vermeintlichen Bedrohungen des 21. Jahrhunderts mit eigener Raketenabwehr, Atomwaffen und flexibleren Truppen für mehr Einsätze auch außerhalb ihres Bündnisgebietes begegnen. Eine Endfassung des Papieres soll ein NATO-Gipfel in Lissabon im November 2010 beschließen. Eine solche Ausdehnung der NATO ist unnötig und kostspielig. Der Einsatz militärischer Kräfte hat in den Krisenherden der Welt wenig Gutes bewirkt, eher das Gegenteil. Und Terrorismus ist trotz aller Aufstockung der Militärhaushalte noch immer existent. Sinnvoller ist der Ausbau und die Stärkung eines nicht-militärischen Sicherheitsbündnisses wie z. B. die UNO, das es ermöglicht, die zivilen Konflikte dieser Zeit mit Vernunft zu lösen. ■



Eröffnung Europakontaktbüro Bautzen

27.05., 16:00, Seminarstr. 5, 02625 Bautzen: Eröffnung des Europakontaktbüros von Dr. Cornelia Ernst (MdEP) und Heiko Kosel (MdL), des Bürgerbüros von Caren Lay (MdB), und des Büros des Ortsverbandes DIE LINKE. Bautzen